

Studenten-"Hochplateau"

Hochschulchefs warnen vor Uni-Kollaps

In Zukunft werden viel mehr Studenten an die Unis strömen als bisher erwartet, zeigt eine neue Prognose. Nun warnen die Hochschulrektoren: Es drohe ein Kollaps, wenn Bund und Länder nicht bald handeln.

Am Donnerstag haben die Kultusminister ihre Erstsemester-Prognose für die kommenden Jahre deutlich nach oben korrigiert, jetzt rufen die Hochschulrektoren um Hilfe: "Um dramatische Konsequenzen für die studierwilligen jungen Menschen und einen Kollaps der Hochschulen zu verhindern", müssten Bund und Länder endlich zusammenarbeiten, fordert der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Horst Hippler. "Es handelt sich bei den hohen Studienanfängerzahlen mitnichten um einen einmaligen Gipfel, sondern um ein Hochplateau."

Alle paar Jahre berechnet die Kultusministerkonferenz (KMK), wie viele junge Menschen ein Studium aufnehmen werden. Naturgemäß lässt sich das nicht exakt vorhersagen. Doch ihre Zahlen sind die Grundlage dafür, wie viel Geld die Hochschulen erhalten. Am Donnerstag hatte die KMK eine **neue Prognose für die Jahre 2014 bis 2025 erstellt**.

Im Jahr 2013 gab es laut KMK rund **507.000 Erstsemester in Deutschland**, bis zum Jahr 2019 rechnen die Minister weiter mit rund 500.000 neuen Studenten jährlich. Erst danach sei ein allmählicher Rückgang auf 465.000 Studienanfänger im Jahr 2025 zu erwarten. Damit hat sich die KMK im Jahr 2009 deutlich verschätzt: Damals rechnete sie mit rund 374.000 Studenten im Jahr 2020.

Mehrkosten in Milliardenhöhe

Die Hochschulrektoren rechnen deswegen mit erheblichen Mehrkosten: Bis zum Jahr 2015 steige der Finanzbedarf um 600 Millionen Euro, bis zum Jahr 2018 sogar um eine weitere Milliarde.

Hippler fordert Bund und Länder deswegen auf, das Kooperationsverbot abzuschaffen - wie schon im Koalitionsvertrag angekündigt. Es untersagt dem Bund, in Bereiche zu investieren, für die allein die Länder zuständig sind. Dies gilt vor allem für die Schulen, aber auch für dauerhafte Vorhaben an Hochschulen. Darüber hinaus verlangt Hippler, den Hochschulpakt II aufzustocken, sowie den Hochschulpakt III deutlich höher zu veranschlagen.

Vor einem Jahr hatten die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern schon einmal beschlossen, die Finanzhilfen für die Hochschulen wegen der anhaltend hohen Studienanfängerzahlen **bis 2015 um rund 4,4 Milliarden Euro zu erhöhen**. Glaubt man den Berechnungen der Hochschulrektoren, reicht das bei weitem nicht aus.

fln

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.